

# Was lässt sich heute für den Frieden tun? : Ein ernstes Wort an die Kulturfreunde

Autor(en): **Eggenschwyler, W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **16 (1915-1916)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-750198>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# WAS LÄSST SICH HEUTE FÜR DEN FRIEDEN TUN?

## EIN ERNSTES WORT AN DIE KULTURFREUNDE

Verhehlen wir es uns nicht: mit den Aussichten auf einen baldigen Frieden steht es schlimm, viel schlimmer, als das große Publikum wohl ahnt. Die Großstaaten haben sich mit der Anfachung des patriotischen Feuers und mit der Erweckung übertriebener Siegeshoffnungen samt und sonders in eine politische Sackgasse verirrt, aus der noch kein Ausweg erkenntlich ist. Die moralische Vorbereitung des Kampfes ist ihnen diesmal ausnahmslos so gut gelungen, dass es sich ernstlich fragt, ob es in ihrer Macht steht, den Geistern auch wieder Einhalt zu gebieten, die sie zu Hilfe gerufen haben.

Es ist wohl keine Frage mehr, dass die Urheber des Weltbrandes in ihrem Innersten ihre Entscheidung heute samt und sonders bereuen, wenigstens soweit sie sich der ungeheuren Verantwortung bewusst sind, die sie auf sich geladen haben. Aber von da zur Verständigung ist es noch ungeheuer weit, umsomehr als bisher kein einziger wirklich unparteiischer Berater den Regierungen zu Hilfe kam.

Die „Internationalen“ der Gelehrten, der Proletarier, der Friedensfreunde, sie sind zusammengebrochen wie Kartenhäuser. Die vermeintlichen Pazifisten von gestern, die vorurteilsfreien Behüter der Kultur haben sich beeilt, ihre Kulturinteressen bedingungslos den Interessen ihres Staates unterzuordnen, wenn nicht gar als bloßen Vorwand zur Beschönigung seines Handelns zu gebrauchen.

Und doch sind im Grunde (wenigstens wenn wir ihren Äußerungen *vor* Kriegsbeginn Glauben schenken dürfen) alle Gelehrten darüber einig, dass eine Fortsetzung des Kampfes bis zur völligen Erschöpfung, bis zum Staatsbankrott *alle* Kriegführenden unvergleichlich mehr kostet, als die Nationen im Falle des Sieges zu gewinnen haben. Da aber jeder befürchtet, dem Gegner an Friedensliebe zuvorzukommen, oder ganz einfach des Mangels an patriotischer Gesinnung bezichtigt zu werden, so werden heute die angesehensten Leuchten der Wissenschaft und Kultur zu willenslosen Instrumenten ihrer Regierungen.

Es ist traurig zu sagen: aber die ganze „politische Wissenschaft“ der Kulturvölker hat sich bei diesem Anlass als ein so hoffnungslos phrasenhaftes Gebilde herausgestellt, dass wir auf die Hoffnung, von dieser Seite einen ernstesten Rat zur Wiederherstellung des Friedens zu erhalten, am besten ganz verzichten. Und dasselbe gilt von der quantitativ so ansehnlichen pazifistischen Literatur, deren heillose Mediokrität wir geradezu als eine Ursache des Krieges betrachten können.

Und doch ist eine dauernde Wiederherstellung des Friedens nur im Falle einer gründlichen vorherigen Bearbeitung der öffentlichen Meinung, einer radikalen Ausrottung der ihm entgegenstehenden politischen Vorurteile zu erhoffen. Solange die Völker fortfahren, sich in Gestalt ihrer Regierungen personifiziert zu denken, von „Deutschland“, „Frankreich“, „England“ etc. wie von leibhaftigen Personen mit antagonistischen Interessen und Bedürfnissen zu reden, sich von Kolonialbesitz und von der Annexion fremder Gebietsteile ähnliche Vorteile zu versprechen, wie von Erweiterung ihres Privateigentums, sind alle Vorschläge zur Versöhnung und zur Einsetzung internationaler Schiedsgerichte unnütz.

Der Kampf gegen den Krieg liegt heute in erster Linie auf erzieherischem Gebiete, in der Zerstörung der eingewurzelten politischen und ökonomischen Vorurteile. Aber gerade an Erziehern dieser Art fehlt es der Kulturmenschheit fast völlig. Die ungeheure Schwierigkeit einer wirklich unparteiischen Betrachtungsweise, die Verquickung der offiziellen „Staatswissenschaft“ mit den Interessen der einzelnen Regierungen, sind eine sichere Gewähr dafür, dass die besten Argumente zugunsten des Weltfriedens (die wirtschaftlichen) noch lange Zeit unverstanden bleiben.

Am bedenklichsten ist die stete Verwechslung von Staat und Volk, der Glaube, durch Beherrschung fremder Landstriche irgend einen Vorteil erzielen zu können, unsere mittelalterliche Auffassung von der wirtschaftlichen Rolle unseres Staates. Sähen wir in der Regierung nicht den von den Staatsweisen gefeierten „Herrscherwillen“, nicht das „Gehirn der Nation“ und dergleichen mehr, sondern einfach *ein Organ* des Volkslebens neben vielen anderen, einen Rechts- und Sicherheitsproduzenten, eine von andern nur quantitativ verschiedene *wirtschaftliche Unternehmung*, so wäre der Länderhunger der modernen Demokratien und die Eifersucht auf

den Kolonialbesitz der Nachbarn einfach unverständlich. Was nützt es einem Volk, wenn seine Regierung fremde Landstriche mit Soldaten, Polizisten, Bürokraten versieht? Dasselbe, wie wenn es mit ihnen den Kleider-, Schuh- oder Brotlieferanten, die Post- oder Eisenbahnverwaltung gemein hätte!

Leider sieht aber die Mehrzahl im Regieren nicht die Verrichtung gewisser wirtschaftlicher *Dienstleistungen*, nicht eine produktive Arbeit, sondern ein „Herrschen“, ein Unterdrücken fremder Willensregungen. Dabei übersieht man gänzlich, dass Kolonien für den heimischen Steuerzahler meist nur Lasten bedeuten, dass alle erleuchtete Kolonialpolitik darauf hinausläuft, die Kolonien möglichst rasch zu selbständigen Nationen zu machen, dass die rein wirtschaftliche Kolonisation, die kapitalistische und kommerzielle Durchdringung fremder Länder der großen Mehrzahl der Staatsbürger viel nützlicher ist, auch ihrem Organisations- und Expansionstrieb lohnendere Felder eröffnet, als die politisch-militärische Beherrschung.

Wie soll aber, solange unsere Politik noch von so mittelalterlich-feudalen Vorstellungen beherrscht ist, eine Aussöhnung der heutigen Kriegführenden möglich sein? Täuschen wir uns nicht: Die Unversöhnlichkeit der Großmächte beruht vorzugsweise auf ihren *Gebietsansprüchen*, auf ihrer Sucht, über fremde Gebietsteile zu „herrschen“, möglichst viele Volksteile ihren Willen fühlen zu lassen, finanzielle und militärische Opfer aufzuerlegen. Ohne diese Geistesrichtung, ohne die Gewohnheit, sich in Gestalt seines Staates über fremde Gebietsteile herrschend zu denken, seine Privatinteressen denen eines Beamtenapparats unterzuordnen, ließe sich verhältnismäßig leicht ein Versöhnungsterrain finden. Die Erweiterung des Territoriums gilt als das greifbarste Kennzeichen des Sieges. Wären die Regierungen bereit, auf derartige Triumphe zu verzichten, so ließe sich dem Nationalstolz der Unterliegenden viel leichter Rechnung tragen, so könnte man verhältnismäßig leicht zu einem für beide Teile ehrenvollen, beide Völker befriedigenden Friedensschluss gelangen.

Wem immer an der baldigen Wiederherstellung und an der Dauer des Weltfriedens liegt, sollte daher sein Möglichstes tun, um die Völker in diesem Sinne *neu zu erziehen*, den „herrschaftlichen“ Staatsbegriff durch die Auffassung des Staates als eines *Organs* der Regierten zu verdrängen suchen.

Das ist aber nur in der Weise möglich, dass wir die weitgehendste *Autonomie* der streitigen Gebietsteile zu unserer Lösung machen und mit jedem Mittel diesem Autonomiegedanken Geltung verschaffen. Wird Elsaß-Lothringen an Frankreich abgetreten, so wird Deutschland nicht auf eine künftige Revanche verzichten. Bleibt es deutsch, so wird über kurz oder lang die französische Revanchepropaganda von neuem angehen. Genau ebenso für Belgien, Polen, Galizien, Italienisch-Österreich.

Selbst die Frage des Kolonialbesitzes ist wohl dauernd nur im Wege der möglichsten Autonomie zu lösen. England hat mehrfach bewiesen, dass das Mutterland von der Selbstregierung der Kolonien durchaus nichts zu befürchten hat. Wäre nicht das absurde Vorurteil, ein Stück afrikanischer Erde sei „deutsch“ oder „englisch“, weil darauf eine deutsche oder englische Fahne weht, auf hundert Quadratkilometer ein deutsch- oder englischsprechender Kolonist haust, wäre nicht das Interesse der vom Staate Aufträge, Stellungen und Avancement erwartenden Personenklasse (einer verschwindenden Minderheit jeder Nation), so wäre der ganze Wettkampf um den Kolonialbesitz unverständlich, denn die deutschen und englischen Auswanderer haben längst bewiesen, dass sie sich unter fremden Behörden ebenso wohl fühlen, wie unter den eigenen.

Wohl wendet man dagegen ein, dass die Deutschen durch ihre Zerstreuung im angelsächsischen Weltall ihren Zusammenhang, ihr Rassebewusstsein, ihr „Deutschtum“ verlieren; aber angesichts ihrer bewährten Fruchtbarkeit, ihrer starken Rasseigenschaften und ihrer hervorragenden kommerziellen und industriellen Triumphe ist es zum mindesten zweifelhaft, ob sie das fremde Milieu nicht mindestens so stark *beeinflussen*, als von ihm beeinflusst werden. Da ihnen außerdem meist auch die politischen Karrieren offen stehen, so ist durchaus nicht einzusehen, was die deutsche *Kultur* von einer direkteren Abhängigkeit der Auslandsdeutschen vom heimatlichen Staat zu gewinnen hätte. Wer sich auf einen andern Standpunkt stellt, der vergisst nicht nur, was diese Kultur gerade ihrer steten Berührung mit fremden Kulturen verdankt, sondern er opfert ohne weiteres die Interessen der Deutschen denen der deutschen Regierung.

Deshalb möchten wir an alle unvoreingenommen Kultur- und Friedensfreunde schon heute die Aufforderung ergehen lassen, mit

allen Mitteln und in allen Ländern dem Autonomie-Gedanken Geltung zu verschaffen, als dem einzigen, mit dessen Hilfe eine Versöhnung der heutigen Gegensätze denkbar ist. Geschieht dies nicht, so besteht große Gefahr, dass das sogenannte Nationalitätsprinzip (das bekanntlich jeder auf seine Art auslegt) nur zu einer Quelle neuer Uneinigkeiten werde. Elsaß-Lothringen soll weder deutsch noch französisch, sondern *elsäbisch* werden. Ebenso soll Polen polnisch, Bosnien bosnisch, Istrien istrisch werden. Die streitigen Kolonien sollen, soweit nur immer möglich, durch eine Vertretung ihrer wichtigsten kommerziellen und industriellen Interessenten, ohne direkte Mitwirkung der mutterländischen Bürokratie verwaltet werden. Sollte auch das eine oder andere Land infolge dieser Selbstregierung kulturell einige Grade zurücksinken, mögen nur einstweilen die europäischen Großmächte ihrer Kultur treu bleiben.

Eine Nation, die diesem Selbstregierungsgrundsatz zuwider die politische Beherrschung fremder Gebietsteile erstrebt, legt damit selbst ein kulturelles Armutszeugnis ab. Wenigstens in Europa werden politisch autonome Gebietsteile mit der Zeit von selbst zu *dem* Nachbar hin tendieren, der sie durch seine höhere Kultur und wirtschaftliche Blüte gewinnt. Ist die deutsche Kultur der französischen wirklich überlegen, so hat Deutschland von der vollen politischen Unabhängigkeit Elsaß-Lothringens alles zu gewinnen. Genau so im Falle Polens. Die Unabhängigkeit Russisch-Polens ist für ein kulturell überlegenes Deutschland die Abtretung Posens wohl wert. Man überzeuge sich doch endlich, dass die einzige dauernde Eroberung heute die wirtschaftlich-kulturelle Durchdringung ist, dass die Aneignung nicht-assimilierter Gebietsteile den Eroberer immer zu teuer zu stehen kommt.

Wer einen anderen Standpunkt einnimmt, der beweist stillschweigend, dass seine politischen Auffassungen die des feudalsten Mittelalters sind, dass ihm nicht an den Interessen einer Nation oder einer „Kultur“, sondern allein an denen einer *Regierung*, einer verschwindenden bürokratisch-militärischen Minderheit liegt.

SCHAFFHAUSEN

W. EGGENSCHWYLER

□□□